



**Caritas
in NRW**

Diözesan-Caritasverbände
Aachen Essen Köln Münster Paderborn

Positionen

Soziale Politik stärkt Kommunen

**Sozialpolitische Forderungen der Caritas in NRW zur
Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 30.08.2009**

**Herausgegeben von den
Diözesan-Caritasverbänden in
Nordrhein-Westfalen:
Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn**

Kontakt:
Caritas in NRW

Lindenstraße 178
40233 Düsseldorf
Telefon-Zentrale 02 11 / 51 60 66-20
Telefax 02 11 / 51 60 66-25

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Kommunalwahl am 30. August 2009 werden wesentliche Entscheidungen für die zukünftige Gestaltung der Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens getroffen. Mit den hier vorgelegten „Sozialpolitischen Forderungen“ mischen sich die Diözesan-Caritasverbände in NRW in den Wahlkampf ein und setzen sich für eine sozial gerechte Politik in Städten und Gemeinden ein.

Eine sozial gerechte Kommunalpolitik muss sich leiten lassen von der Zielsetzung, im lokalen Umfeld allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Zugang zu den materiellen, kulturellen und sozialen Möglichkeiten der Gesellschaft muss allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Als Caritas wissen wir, dass Nordrhein-Westfalen von diesem Ziel noch weit entfernt ist. Daher setzt sich die Caritas für mehr Teilhabe der Menschen ein, die von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung bedroht sind.

Ein Ausschluss einzelner Personen oder ganzer Gruppen von materiellen, kulturellen und sozialen Möglichkeiten führt zur Spaltung der Gesellschaft. Aufgabe einer sozial gerechten Kommunalpolitik muss es daher sein, Möglichkeiten für mehr Teilhabe zu schaffen, damit Menschen selbstständig und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Deshalb fordert die Caritas:

- eine zukunftsorientierte Bildung für alle Kinder von Anfang an
- Teilhabe bei Krankheit und im Alter
- Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- Teilhabe für Ausgegrenzte und Benachteiligte
- Förderung von Solidarität und bürgerschaftlichem Engagement.

Die Konkretisierung dieser Forderungen erfolgt in den folgenden Positionierungen. Dabei wird deutlich, was eine sozial gerechte Kommunalpolitik leisten kann und muss, um Menschen in die Lage zu versetzen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Wir wissen uns in der aktuellen wirtschaftlichen Situation in einer besonderen Verantwortung: Durch die Folgen der Wirtschaftskrise werden Ausgrenzung und Benachteiligung verstärkt und Teilhabe gefährdet. Gleichzeitig schwinden die Ressourcen zur Förderung einer sozial gerechten Zukunft. Umso wichtiger sind die hier vorgelegten Perspektiven für starke Kommunen mit einer starken Sozialpolitik.

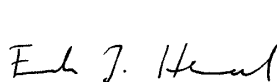
Caritas in NRW: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn



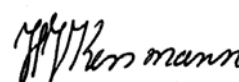
Burkard Schröders
Direktor des Caritasverbandes
für das Bistum Aachen



Andreas Meiwes
Direktor des Caritasverbandes
für das Bistum Essen



Dr. Frank Johannes Hensel
Direktor des Diözesan-Caritas-
verbandes für das Erzbistum Köln



Heinz-Josef Kessmann
Direktor des Caritasverbandes
für die Diözese Münster



Josef Lüttig
Direktor des Caritasverbandes
für das Erzbistum Paderborn

Datum: 01.07.2009

Thema: Sozialpolitische Forderungen der Caritas in NRW zur Kommunalwahl am 30.08.09

Seite: 2

Von Anfang an: Chancen ausbauen – Gerechtigkeit stärken

Kinder brauchen ein freundliches Umfeld, damit sie ihre Fähigkeiten gut entfalten können. Familien sollen sich an dem Ort, an dem sie leben, angenommen und willkommen fühlen. Viele Kommunen legen Wert auf Kinder- und Familienfreundlichkeit. Die Caritas würdigt die Anstrengungen, durch eine breit angelegte offensive Familienpolitik Kindern und Familien besser gerecht zu werden.

Trotzdem gibt es weiterhin Benachteiligungen und Ausgrenzungen von Familien und Kindern. Die Aktivitäten für diese Zielgruppe und ihr Stellenwert sind in den einzelnen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich. Im Kommunalwahlkampf lässt sich gut überprüfen, wie die Parteien in den Landkreisen, Städten und Dörfern Kinder und Familien stärken und unterstützen wollen.

Bildung ist Schlüssel für Teilhabe und Integration

Zu einer sozial gerechten Politik gehört, allen Mitgliedern der Gesellschaft ein gelingendes Leben mit fairen Chancen zur Teilhabe am Leben der Gemeinschaft zu ermöglichen. Armut und soziale Ausgrenzung müssen bekämpft werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Absicherung seiner materiellen Grundbedürfnisse. Politik für eine sozial gerechte Zukunft muss darüber hinaus vernetzte Angebote für Betreuung, Bildung und Erziehung schaffen und ausbauen. Ziel muss es sein, Menschen selbstständig und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Bildung ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung, um Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Indem sie individuelle Potenziale stärkt und erweitert, ist sie ein Schlüssel für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Eine zukunftsorientierte Bildung muss dem Grundsatz verpflichtet sein: „Bildung für alle Kinder von Anfang an“. Kinder brauchen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gute Startchancen.

Die Caritas fordert:

Die Kommunen müssen die Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und ihre Familien bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die unterschiedlichen Akteure in der Jugendhilfe müssen besser vernetzt werden. Jugendhilfe benötigt finanzielle und qualitative Rahmenbedingungen. Das bedeutet im Einzelnen:

- **Beitragsfreier Kindergarten**

Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag. Sie leisten heute einen unverzichtbaren Beitrag für die

Entwicklung von Kindern. Häufig kommen jedoch gerade Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern erst spät in einen Kindergarten.

Langfristig muss es daher das Ziel von Bund, Ländern und Kommunen sein, Kindergärten beitragsfrei zu gestalten. Um Eltern für einen frühen Besuch ihrer Kinder in einer Tageseinrichtung gewinnen zu können, sollte das erste Kindergartenjahr auf jeden Fall kostenfrei sein.

- **Kein Kind ohne Mahlzeit**

Wer Hunger hat, kann nicht lernen. Jedes Kind im (Übermittag-)Kindergarten oder in der Ganztagschule hat das Recht auf ein ordentliches Mittagessen.

Ganzheitliche Bildung braucht Rahmenbedingungen, die eine optimale Entwicklung und Förderung ermöglichen. Der Besuch einer Ganztageseinrichtung darf nicht daran scheitern, dass Eltern das Mittagessen nicht zahlen können. Hier müssen die Kommunen Konzepte entwickeln, die dies dauerhaft sicherstellen.

- **Familienzentren brauchen bessere Rahmenbedingungen**

Familienzentren verbinden Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit den Angeboten von Beratung und Hilfen für Familien. Damit sollen frühkindliche Bildung und Förderung verbessert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden. Familien erhalten zudem präventive Hilfen. Damit diese Ziele erreicht werden, braucht es finanziellen Rückhalt für Familienzentren und die kooperierenden Beratungsdienste.

Allen Tageseinrichtungen, die sich zu Familienzentren weiterentwickeln wollen, muss dieses möglich sein, wenn sie die qualitativen Anforderungen erfüllen.

- **Qualität der Offenen Ganztagsgrundschule ausbauen**

Nordrhein-Westfalen hat 2003 die Offene Ganztagsgrundschule (OGS) eingeführt. Angestrebt wurden folgende Ziele:

- die Etablierung eines verlässlichen Betreuungsangebotes durch die Schule
- die Schaffung eines ganztägigen Bildungs-, Erziehungs- und Förderarrangements, das die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Kinder unterstützt und ihren heterogenen Lernpersönlichkeiten stärker Rechnung trägt
- die Entwicklung einer sich schrittweise verändernden, aufeinander bezogenen Organisation von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass die OGS diesen Ansprüchen noch nicht genügt. Die Offene Ganztagsgrundschule schafft es nicht allein, die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien aufzuheben. Vielfach erreicht sie gerade eben diese Kinder nicht. Auch fehlt es an den notwendigen Rahmenbedingungen. Kinder aus problembelasteten Familien benötigen häufig einen enger begleitenden Gruppenrahmen und intensivere Lernbegleitung, als es in der jetzigen Finanzierungsstruktur möglich ist. Hier sind die Kommunen in der Pflicht.

- **Außerschulische Bildung**

Kinder und Jugendliche lernen ganzheitlich. Sie erfahren Bildung nicht nur in der Schule, sondern sogenannte nonformale Bildung auch außerhalb der Schule in ganz erheblichem Maße. Hier leistet die Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag.

Um Jugendarbeit vor Ort abzusichern, ist der Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW angemessen auszustatten. Die Förderrichtlinien müssen von den Kommunen um regionale Kriterien ergänzt werden. Kinder und Jugendliche müssen darüber hinaus auch bei einem Ausbau der Ganztagsangebote die Möglichkeit haben, außerhalb von Schule am Nachmittag nonformale Bildungsangebote zu nutzen.

- **Lernmittelfreiheit**

Auch die Kommunen können einen Beitrag dazu leisten, die in der Verfassung des Landes NRW verankerte Lernmittelfreiheit umzusetzen, indem sie als Schulträger nicht nur in „Steine“ für Schulneubauten und -sanierungen investieren, sondern auch den Lernmittelbestand in den Schulen ausbauen und aktualisieren, etwa durch die verstärkte Anschaffung von Lernmitteln wie Lektüreheftchen, Taschenrechnern, Zeichenplatten oder Lern-CD-ROMs im Klassensatz.

Hilfe und Unterstützung für Familien in Schwierigkeiten

Gesellschaftlicher Wandel, zunehmende Globalisierung und demografische Veränderungen fordern von jungen Menschen und deren Familien in einem bislang unbekanntem Maß Flexibilität und ständige Bereitschaft zu Veränderung und Mobilität.

Diese Anforderungen wirken noch schwerer, wenn Familien beispielsweise durch eine Beziehungskrise, Arbeitslosigkeit oder Schulden in eine schwierige Lebenssituation geraten. Eltern sind dann noch stärker belastet, manchmal überfordert. Werden Kinder vernachlässigt, hat das Folgen für ihre eigene Entwicklung. Eine frühzeitige fachgerechte Unterstützung für Familien kann dazu beitragen, Eltern neue Perspektiven zu eröffnen und für die Familie den Teufelskreis von Überforderung und Chancenlosigkeit zu durchbrechen. Notwendig ist aber auch ein verbesserter Kinderschutz.

Die Caritas fordert:

- **Passgenaue Hilfen für Eltern von Anfang an**

Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, brauchen passgenaue, verlässliche und kontinuierliche Unterstützung und Begleitung. Nur wenn der Bedarf früh erkannt wird, kann Hilfe rechtzeitig erfolgen und können Risiken einer Kindeswohlgefährdung vermieden werden.

Die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten zu einem flächendeckenden System aufsuchender Hilfe. Diese muss dauerhaft und präventiv arbeiten können, daher darf sie nicht auf zeitbegrenzte Projekte beschränkt werden. Frühe Hilfen müssen ein dauerhaftes Angebot werden.

- **Leistungen zur Förderung der Erziehungsfähigkeit von Familien bedarfsgerecht ausbauen**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz kennt schon heute eine Vielzahl von familienfördernden Leistungen. Zu Unrecht führen jedoch diese Hilfen im Gesamtspektrum der Kinder- und Jugendhilfe eher ein „Schattendasein“. Nur ein verschwindend geringer Teil der rd. 20 Milliarden Euro für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland kommt diesen wichtigen präventiven Leistungen zugute. Die zur Verfügung gestellten Finanzmittel reichen nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf der Förderung der Erziehungsfähigkeit von Familien decken zu können.

- **Familienberatung mit notwendigen finanziellen Ressourcen ausstatten**

In den letzten Jahren sind Finanzmittel für Familienberatung stark gekürzt worden, obwohl Familienberatung ein wichtiger Kooperationspartner in den landesweit gewollten Familienzentren ist. Die Wartelisten in der Familienberatung sind dadurch noch länger geworden. Um den gesetzlichen Vorgaben in der Familienberatung rechtzeitig zu entsprechen, fordern wir bessere finanzielle Rahmenbedingungen.

Teilhabe bei Krankheit und im Alter

Krankheit trifft Menschen in allen Lebensphasen und häufig unvorbereitet. In Notfällen oder bei schweren Erkrankungen sind Krankenhäuser ein elementarer Baustein im Versorgungsnetzwerk. Zentrale Bedeutung haben für die Bevölkerung in den Städten, Kreisen und Dörfern folgende Aspekte:

Wohnortnähe der Krankenhäuser

Bürgerinnen und Bürger brauchen die Sicherheit, bei Unfällen und Krankheiten und gerade auch im Notfall in kurzer Zeit und auf kurzem Wege ein Krankenhaus erreichen zu können und kompetent und schnell versorgt zu werden. Angehörige müssen ihre Kranken jederzeit preisgünstig und in kurzer Zeit besuchen können. Nicht jeder ist motorisiert oder gut zu Fuß. Erreichbarkeit muss daher unabhängig von dem individuellen Grad der Motorisierung und dem persönlichen Vermögen zur Fortbewegung (alt, behindert, Mutter mit Kind) gewährleistet sein.

Die Caritas fordert:

- Auch in ländlichen Gebieten müssen Krankenhäuser gut erreichbar sein. Sie brauchen eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, auch an Sonn- und Feiertagen. Für Notfälle zur Nachtzeit müssen flexible Lösungen entwickelt und vorgehalten werden.
- Krankenhäusern muss ermöglicht werden, den Angehörigen von Patienten preiswerte Ticketblocks anzubieten (Monatskarte und Einzelfahrausweise sind zu teuer), so dass hier kein großer Kostenblock beim Krankenhausaufenthalt entsteht.

Qualitätsgesicherte Krankenhausversorgung

Patientinnen und Patienten brauchen die Gewissheit, dass die Qualität der medizinischen Versorgung in allen Krankenhäusern – gleich an welchem Standort – einem qualitativ hochwertigen Standard entspricht.

Krankenhäuser müssen deshalb überall nach den gleichen Qualitätskriterien arbeiten. Über Kooperationen und Verbünde muss das Wissen spezialisierter Krankenhäuser zur Verfügung gestellt und abgerufen werden können.

Die Caritas fordert:

- Die Kommunen sollen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser in den Regionen und Städten fördern und stärken. Der Bürger braucht mehr Transparenz darüber, welche Leistungen er wo bekommt. Der Zugang zu diesen Informationen muss über die modernen Medien (Internet etc.), aber auch auf herkömmlichem Wege erfolgen.

Krankenhaus als Netzwerker im Gesundheitswesen

Krankheit und Krankenhausaufenthalt sind im Leben der Bürger oftmals krisenhafte Ereignisse. Häufig sind weitere Behandlungen und rehabilitative Maßnahmen notwendig, oder es entsteht ein Pflegebedarf, der entweder in der Häuslichkeit oder in einer anderen Pflegeeinrichtung gedeckt werden muss.

Im Dschungel der verschiedenen Leistungsansprüche und Leistungsangebote brauchen Patienten und ihre Angehörigen kompetente Beratung, Information und gegebenenfalls Vermittlung. Diese müssen dort erfolgen, wo der akute Bedarf besteht.

Die Caritas fordert:

- Bestehende Beratungsstrukturen bei Krankenhäusern, Altenheimen und Wohlfahrtsverbänden nutzen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Leistungsanbieter (Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, Physiotherapeuten, Pflegedienste, Altenheime) auf kommunaler und regionaler Ebene muss gefördert werden – zum Wohle des Patienten.
- Transparenz schaffen, welche Angebote an Gesundheits- und Pflegeleistungen in einer Kommune für den Bürger bereitgestellt werden.

Krankenhaus ist wichtiger Arbeitgeber einer Region

Krankenhäuser sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in jeder Region. Das Krankenhaus bietet Menschen mit unterschiedlicher beruflicher Qualifikation die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das mögliche Arbeitsspektrum bietet sowohl für hoch spezialisierte Akademiker als auch für Menschen ohne eine berufliche Qualifikation die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der regionale Mittelstand profitiert von den Aufträgen der Krankenhäuser. Junge Menschen finden in Wohnortnähe interessante und vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen.

Die Caritas will, dass die Menschen in ihrer Region Arbeit finden und sich mit ihrer Arbeit und ihrem Arbeitgeber identifizieren können. Die Caritas unterstützt eine wohnortnahe Ausbildung in Gesundheitsberufen.

Die Caritas fordert:

- Krankenhäuser als Wirtschaftsfaktor in der Region stärken und erhalten.
- Kooperationen, Fusionen und Netzwerke stärken und finanzielle Investitionsmittel, wie vom Gesetzgeber vorgesehen, trägerneutral einsetzen.
- Förderung von Ausbildungsstätten der Gesundheitsberufe.

Demenz enttabuisieren – Betroffenen und Angehörigen helfen

In Nordrhein-Westfalen leben etwa 300 000 demenziell erkrankte Menschen. Ihre Zahl könnte sich schon bis 2030 verdoppelt haben, denn jährlich treten 200 000 Neuerkrankungen auf. Demenzkranke verlieren kognitive, emotionale und soziale Fähigkeiten, ihr Alltagsleben ist zunehmend beeinträchtigt bis hin zur Schwerstpflegebedürftigkeit.

Die Behandlungsmöglichkeiten sind eingeschränkt, immerhin kann im Anfangsstadium der Verlauf der Krankheit gemildert werden. Demenziell erkrankte Menschen bedürfen in besonderem Maße der Unterstützung bei der Wahrung ihrer persönlichen Würde und Identität durch Sicherheit, Schutz und Geborgenheit.

Die Mehrzahl der Erkrankten lebt zu Hause und wird von Angehörigen betreut. Pflegende Angehörige stoßen häufig an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

Die Versorgung demenzkranker Menschen kann nur in der Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteure verbessert werden.

Die Caritas fordert:

- Pflegende Angehörige benötigen Informations-, Beratungs-, Unterstützungs- und Entlastungsangebote, um den Demenzkranken eine ihren Bedürfnissen entsprechende Umgebung bieten und zugleich mit ihrem veränderten Verhalten umgehen zu können. Auch die eigenen Bedürfnisse (Beruf, Familie, Gesundheitsförderung) sollten nicht vergessen werden. Nur so kann schrittweise eine Enttabuisierung der Krankheit erreicht werden.

- Geriatriische Zusatzqualifikationen für Pflegende und Ärzte im stationären und ambulanten Bereich müssen deutlich zunehmen.
- Demenziell Erkrankte müssen einen Anspruch haben auf durchgängige Demenzbegleitung, auch beispielsweise während eines Krankenhausaufenthaltes.
- Demenzgerechte bauliche Gestaltung von Krankenhäusern und Altenheimen muss öffentlich gefördert werden.

Pflegestützpunkte müssen den Menschen dienen

Mit der jüngsten Reform der Pflegeversicherung wurde der flächendeckende Aufbau von Pflegestützpunkten vorgesehen. Dort sollen Pflegeberater umfassend und unabhängig über alle vorgesehenen Sozialleistungen und die sonstigen Hilfsangebote informieren. Sie sollen Bedürftige bei der Inanspruchnahme der Leistungen unterstützen und die pflegerischen und sozialen Versorgungs- und Betreuungsangebote aufeinander abstimmen und vernetzen. In NRW sind Kassen und Kommunen gemeinsam Träger der Pflegestützpunkte.

Bisher gehen viele Bürgerinnen und Bürger zur örtlichen Caritas, wo sie Informationen zur Pflegeversicherung, zu passenden Versorgungsangeboten und finanziellen Unterstützungsleistungen erhalten. Da die Caritas überwiegend dezentral agiert, kann sie die Fragen der Hilfesuchenden auch in ländlichen Gebieten gut aufgreifen. Dennoch begrüßt die Caritas die Einrichtung von Pflegestützpunkten, da sie Hilfesuchenden die Möglichkeit eröffnen, Beratung und Unterstützung zu unterschiedlichen Leistungsbereichen der Pflege und Betreuung an einer Stelle zu erhalten.

Die Caritas fordert:

- Um die vorhandenen Beratungsstrukturen zu nutzen, müssen beim Aufbau der Pflegestützpunkte Kooperationen gefunden werden. Die in einer Region vorhandene Kompetenz muss einbezogen werden. Die Caritas erwartet, dass die bereits in der Versorgung der Menschen tätigen Dienste und Initiativen primär in den Aufbau von Netzwerken und Pflegestützpunkten einbezogen werden, um für Hilfesuchende möglichst kurze Wege zu sichern.
- Da Kommunen und Pflegekassen in Pflegestützpunkten einerseits trägerneutral beraten sollen, andererseits aber auch Kostenträger sind, muss Transparenz über den Beratungsprozess hergestellt werden, damit die Beratung primär patientenorientiert und nicht budgetorientiert erfolgt.

Auch im Alter selbstbestimmt leben und wohnen

Die Zahl der älteren und der hochbetagten Menschen in NRW steigt. Ihnen steht eine sich verringerende Zahl jüngerer Menschen gegenüber. In manchen Ballungsgebieten gibt es bereits heute Stadtteile fast ganz ohne Kinder und Jugendliche. Altersarmut wird zum Problem der Zukunft werden, weil brüchige Erwerbsbiografien Rentenansprüche schmälern und eine private Absicherung erschweren.

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko, pflegebedürftig und damit von anderen abhängig zu werden. Veränderte Familienstrukturen (mehr Singlehaushalte, mehr Ehescheidungen, räumliche Distanz zwischen den Generationen) mindern die noch verfügbaren Hilfspotenziale. Vorhandene kleine soziale Netze werden löchrig, immer mehr alte Menschen sind immer häufiger einsam. Gleichwohl wünschen sich alte Menschen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrer Wohnung und ihrer Nachbarschaft zu leben.

Bedarfsgerechter Wohnraum und ein seniorenrechtliches Wohnumfeld fehlen häufig. Eine den Bedürfnissen alter Menschen entsprechende Versorgung im Sinne von „ambulant vor stationär“ benötigt eine ausgebaute (und finanzierbare) Infrastruktur.

Die Caritas fordert:

- Spezielle Wohnformen für alte Menschen setzen ein enges Zusammenwirken von Nutzern, Familienangehörigen, Nachbarn, Ehrenamtlichen und Dienstleistern voraus. Die Förderung quaternaher Beratungsangebote unterstützt den selbstbestimmten Ansatz. Betroffene sind an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
- In den Städten ist die wachsende Immobilität von alten Menschen stärker zu berücksichtigen. Aufzüge, Zugänge, Fuß- und Verkehrswege sind dementsprechend zu gestalten. Eine kleinräumig orientierte Versorgungsstruktur (Einzelhandel, Dienstleister, Ärzte, Apotheken etc.) muss gefördert werden. Stellflächen für Rollatoren und Elektrofahrzeuge, breitere Parkplätze für Pkw sowie die Anbindung und altengerechte Ausgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs sind zu gewährleisten. Gerade hier sind die Kommunen besonders in der Pflicht.

Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind in allen Altersstufen anzutreffen. Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ab März 2009 in Deutschland sind alle Akteure im Bereich Behindertenhilfe herausgefordert, die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen sicher zustellen. Insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene können Entscheidungen dazu beitragen, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in ihrer alltäglichen Lebensbewältigung zu fördern.

Frühförderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder gewährleisten

Das Ziel der sogenannten Komplexleistung in der Frühförderung ist es, medizinische, therapeutische und heilpädagogische Leistungen aus einer Hand anzubieten. Bis Ende 2008 gab es landesweit erst 22 anerkannte interdisziplinäre Frühförderstellen. So steht in einigen Landesteilen betroffenen Kindern und ihren Eltern noch kein frühzeitiges und ganzheitliches Hilfesystem zur Verfügung.

Die Caritas fordert:

- Flächendeckende Umsetzung der Komplexleistungen durch Frühförderstellen.
- Auch in Zukunft muss es möglich sein, dass die Frühförderung in mobiler Form in häuslicher Umgebung erbracht wird, wenn dies aus geografischen, verkehrstechnischen oder sozialen Gründen notwendig ist.
- Eltern, die ein Entwicklungsrisiko bei ihren Kindern vermuten, sollen einen Zugang zu einem offenen niedrigschwelligen Beratungsangebot haben.

Integrative Betreuungsangebote für Kinder mit Behinderungen dürfen nicht zu kurz greifen

Kindertageseinrichtungen und Schulen eröffnen schon jetzt Kindern mit Behinderung durch integrative Konzepte hohe Teilhabechancen. Kinder werden in die Gesellschaft eingebunden, und gemeinsame Lebenswelten von Menschen mit und ohne Behinderung werden geschaffen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die integrativen Konzepte konsequent verfolgt werden.

Die Caritas fordert:

- Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder mit Behinderungen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren.
- Neben der pädagogischen muss insbesondere auch die therapeutische Versorgung sichergestellt sein, damit eine frühestmögliche Förderung von Entwicklungspotenzialen gewährleistet ist.
- Ausbau eines inklusiven Bildungssystems, in dem das Wahlrecht der Eltern für den Schulbesuch ihres behinderten Kindes gestärkt wird.
- Etablierung von Regionalkonferenzen, um für die notwendige und ausgewogene Bedarfsplanung im Elementarbereich die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Leistungsträgern und Leistungsanbietern sicherzustellen.

Familien mit behinderten Kindern nicht im Regen stehen lassen

In Deutschland lebt in etwa 3 Prozent aller Haushalte mit Kindern ein behindertes Kind. Rund 180 000 von den ca. 420 000 Menschen mit einer geistigen Behinderung sind im Kindes- und Jugendalter. Die Begleitung, Betreuung und Pflege dieser jungen Menschen werden überwiegend von den Angehörigen selbst geleistet. Diese Familien benötigen neben Rat und Unterstützung auch ganz praktische Hilfen zur Entlastung im Alltag. Aus diesem Grund kommt den familienunterstützenden Hilfen eine große Bedeutung zu, die den Familienmitgliedern eine zeitweilige Entlastung ermöglichen und so insgesamt die Lebensqualität der ganzen Familie verbessern.

Die Caritas fordert:

- Flächendeckender Ausbau und angemessene Refinanzierung familienunterstützender Dienste.

Ältere Menschen mit Behinderungen verstärkt in den Blick nehmen

Erfreulicherweise haben Menschen mit schwerer geistiger und körperlicher Behinderung heute eine ähnlich hohe Lebenserwartung wie Menschen ohne Behinderung. Dies hat Einfluss auf die bestehenden Versorgungssysteme. Ältere Menschen als Zielgruppe in der Stadt- und Regionalentwicklung bedeuten auch, dass Teilhabe und Infrastruktur aufeinander abgestimmt werden.

Die Caritas fordert:

- Busse und Bahnen sowie öffentliche Infrastruktur müssen frei zugänglich und gut zu erreichen sein.
- Menschen mit Behinderung wird eine aktive Beteiligung in kommunalen Gremien eingeräumt.
- Altersgerechte Wohnformen werden entwickelt.

Menschen mit Behinderung ein Sprachrohr geben

Zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen sieht der Gesetzgeber Behindertenbeauftragte vor. Auf Bundes- und Landesebene sind diese Funktionen zwar besetzt. Nur 50 Prozent der Städte und Kommunen haben allerdings eine/-n Behindertenbeauftragte/-n bestimmt. Daneben besteht die Möglichkeit, Ombudsmänner/-frauen in den Kommunen einzusetzen. Auch hiervon wird vielerorts nicht Gebrauch gemacht.

Die Caritas fordert:

- Voraussetzungen für die Bestimmung eines/einer Behindertenbeauftragten in den Kreisen und Städten schaffen und die Stelle entsprechend besetzen.
- Ombudsmänner/-frauen vor Ort bestimmen.

Teilhabe für Ausgegrenzte und Benachteiligte

Armut trifft Familien mit Kindern und Alleinerziehende besonders hart

Mit der Familiengründung verändert sich für Mütter und Väter die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich. Ausgrenzung erfahren besonders schnell die Familien, die in prekären Lebenssituationen und in Armut leben und/oder durch die nötige Versorgung und Ausstattung ihrer Kinder wirtschaftlich stark in Anspruch genommen werden. Die Folgen sind Rückzug in das häusliche Milieu, Beschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten und Kommunikationspartner, Isolation und daraus oft auch resultierend Frustration und Aggression gegenüber dem vermeintlichen Verursacher des gesellschaftlichen Ausschlusses, dem Kind. Demgegenüber finden Eltern und Familien in der Teilnahme am politischen, kirchlichen, kulturellen, sportlichen, geselligen Leben sowohl Chancen zur Weiterentwicklung und Bereicherung ihrer Persönlichkeit als auch soziale Anerkennung, die sich auf Erziehungs- und Beziehungskompetenzen positiv auswirkt.

Wenn sich kommunale Familienpolitik nicht als Subventionspolitik, sondern strukturpolitisch als nachhaltige Zukunftssicherung versteht, wird Familienpolitik zur Querschnittspolitik mit einem ganzen Bündel von Aufgaben. Um diese Aufgaben angemessen und differenziert zu beschreiben und Grundlagen für Maßnahmen zu erhalten, sind kommunale Familienberichte, Familienförderpläne und Familienfreundlichkeitsprüfungen vonnöten. Kommunale Familienpolitik erfordert politische Ziel- und Prioritätensetzung und politische Steuerung. Die Schwerpunkte kommunaler Familienpolitik liegen in der Schaffung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Infrastruktur und in der Entlastung von Familien durch nicht monetäre Leistungen. Gerade auch diese Sachleistungen können die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern und damit Familien stärken.

Die Caritas fordert:

- Damit besonders Familien mit geringem Einkommen der Zugang zu Bildung, Kultur, Sport, Vereinsleben erleichtert wird, sollen Stadtcards oder Familienpässe zum ermäßigten/freien Eintritt in Schwimmbäder, Museen, Theater, Sportvereinen usw. ausgegeben werden.
- Die Teilnahme an Angeboten städtischer Musik- und Kunstschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Familienbildungsstätten muss – abhängig vom Einkommen – kostenlos bzw. kostengünstig sein. Nutzungs- und Teilnahmegebühren dürfen Familien nicht ausgrenzen.
- Um die Teilnahme von Eltern an sozialen und kulturellen Angeboten zu erleichtern, sind Konzepte der begleitenden Kinderbetreuung zu entwickeln. Gleichzeitig sind in

Behörden für Besucher mit Kindern angemessene Wartezimmer mit Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen.

- Kommunen sollten sich auch dafür einsetzen, dass gewerbliche Unternehmen (Einzelhandel, Gastronomie usw.) kinderfreundlich und familiengerecht ausgerichtet sind.
- Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs muss für sozial benachteiligte Familien vergünstigt oder kostenfrei sein.
- Die Teilnahme an Kinder- und Familienferienmaßnahmen gemeinnütziger Träger muss so gefördert werden, dass sie auch von bedürftigen Familien genutzt werden können.
- Für Familien in besonderen Lebenslagen (z. B. Mehrlingsgeburten, Familien mit einem behinderten Familienmitglied, Familien mit einem chronisch kranken Familienmitglied) müssen besondere Angebote der Entlastung der familialen und materiellen Situation entwickelt, öffentlich bekannt gemacht werden und ohne bürokratische Hürden erreichbar sein.

Energiepolitik ist Sozialpolitik

In den letzten Jahren sind die Energiekosten drastisch gestiegen und hatten zeitweise ein Niveau erreicht, das ernsthafte Auswirkungen auf die soziale Situation bedürftiger Menschen hatte. Daraus ließen sich Erkenntnisse gewinnen, wie hohe Energiekosten von Armut bedrohte oder betroffene Menschen in unserer Gesellschaft übermäßig belasten.

In einem solchen Fall geraten beispielsweise die Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung in die Situation, die Kosten für Strom und Warmwasser aus ihrem Regelsatz nicht mehr bezahlen zu können. Dann wird ihnen eine Stromsperre angedroht oder der Strom abgeschaltet. Nach Auffassung der Caritas fehlen in den Kommunen Richtwerte für eine angemessene Begleichung der Heizungs- und Energiekosten, die an die häufig schlechten Wohnstandards von Menschen in Armut angepasst sind.

Die Caritas fordert:

- Die Kommunen oder ihre Versorgungsbetriebe sollen Maßnahmen zur Energieeinsparung in sozial bedürftigen Haushalten fördern und unterstützen.

- Die örtlichen Stadtwerke, die häufig noch im kommunalen Besitz sind, sollen zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden Konzepte ausarbeiten, um Stromsperrern zu vermeiden.

Suchthilfe effektiv und verantwortungsvoll gestalten

Mit der Kommunalisierung der Landesmittel für die Suchthilfe hat die nordrhein-westfälische Landesregierung die unmittelbare Verantwortung für die finanzielle und fachliche Steuerung dieses Bereichs an die Kommunen abgegeben. Dort ist nun eine Fachkompetenz gefordert, die dem – oft erheblichen – Einspardruck standhält. Es ist zu befürchten, dass scheinbar freiwillige Leistungen in Zukunft gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Bislang war es den Trägern der ambulanten Suchthilfe möglich, kommunal übergreifend Beratung in Justizvollzugsanstalten anzubieten. Solche Angebote, aber auch Präventionsmaßnahmen und Mittel für Forschungsansätze dürfen nicht dem Prozess der Kommunalisierung zum Opfer fallen.

Die Suchthilfe ist ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge. Sie muss nicht nur leistungsrechtlich, sondern auch politisch verantwortet werden. Die ambulante psychosoziale Suchthilfe wird zu einem Großteil von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege getragen. Da sie finanziell und fachlich über die Kommune gesteuert wird, ist eine Einbeziehung aller Akteure in verbindliche Planungs- und Steuerungsprozesse unerlässlich.

Die psychosoziale Suchthilfe hat in der Vergangenheit eine hohe Fachkompetenz erworben, diese gilt es weiterhin zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Eine intensive Zusammenarbeit und Vernetzung von Suchthilfe und Jugendhilfe sind gerade bei neuen Problembereichen wie Online-Spielsucht, Computersucht zu entwickeln und aufzubauen.

Die Caritas fordert:

- Versorgungsangebote und Versorgungsstrukturen für Suchtkranke müssen aufrechterhalten bleiben. Dazu werden in den Kommunen und Kreisen einheitliche Angebote und Qualitätsstandards benötigt. Es darf nicht dazu kommen, dass jede Kommune selbst bestimmt, welches Angebot sie für Suchtkranke vorhält und welchen Qualitätsstandard das Angebot hat.
- Es darf zu keiner Zerschlagung von bewährten, ortsnahen Angeboten für Suchtkranke kommen. Die Angebotspalette in der kommunalen Suchthilfe muss alters-, migrations- und geschlechtsspezifisch angelegt sein.

- Kommunale Suchthilfe muss den Auf- und Ausbau von Präventionsmaßnahmen fördern. Auf aktuelle Erfordernisse (z. B. „Komasaufen“ bei Kindern und Jugendlichen) oder die Entwicklung neuer Süchte (Online-Spielsucht) muss flexibel reagiert werden.

Sozialer Arbeitsmarkt fördert die Integration benachteiligter Menschen in Arbeit

Bedingt durch die Wirtschaftskrise, wird sich die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden Monaten deutlich erhöhen. Dies wird laut Prognosen von Sachverständigen insbesondere Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte treffen. Gerade Erwerbstätigkeit aber ermöglicht unmittelbar den Zugang zum gesellschaftlichen Leben. Notwendig ist, am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen eine Perspektive zu geben. Dieser Verpflichtung sind Kommunen bisher unterschiedlich intensiv nachgekommen, entweder im Rahmen der örtlichen ARGE oder als Optionskommune oder durch Bereitstellung entsprechender Maßnahmen.

Zu befürchten ist, dass bei sinkenden Einnahmen Beratungsangebote und Arbeitsmarktprogramme zurückgefahren werden. Nicht auszuschließen ist, dass insbesondere die Hilfen für Menschen mit vielfältigen Problemen wegfallen. Die Nähe zum ersten Arbeitsmarkt darf aber nicht das ausschlaggebende Kriterium für eine Förderung benachteiligter Menschen sein.

Die Caritas fordert:

- Kommunen dürfen in ihrem Bemühen nicht nachlassen, auch zukünftig auf dem Arbeitsmarkt Programme für Benachteiligte anzubieten. Hier empfiehlt sich insbesondere die Kooperation mit den Akteuren des regionalen Arbeitsmarktes. Dazu gehören auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Gesundheits- und Sozialwirtschaft.
- Bei der Vergabe von Aufträgen sollte die Kommune sich verpflichten, möglichst Betriebe zu beauftragen, die am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen beschäftigen.

Schuldnerberatung – ein Instrument der Armutsbekämpfung

Fast sieben Millionen Menschen in Deutschland sind heute von Überschuldung betroffen. Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes – Entlassungen, Kurzarbeit und Niedriglöhne – werden dazu führen, dass ihre Zahl weiter ansteigt.

Überschuldung ist ein deutlicher Indikator für wachsende Armut und Ausgrenzung. Schuldnerberatung ist ein Instrument der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch. Sie ist ein unerlässlicher Bestandteil der kommunalen Beratungsangebote.

Eine umfassende Schuldnerberatung vermittelt den Betroffenen wieder eine Perspektive für ihr Leben. Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden wieder eröffnet, und damit können langfristig Kosten für Transferleistungen eingespart werden. Voraussetzung dafür ist allerdings ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Beratungsangebot.

Die Caritas fordert:

- Die hohe Nachfrage und die daraus resultierenden Wartezeiten bis zum Beratungsbeginn zeigen deutlich, dass das bestehende Beratungsangebot bei Weitem nicht ausreicht. Es muss flächendeckend den Bedarfswerten in den Kommunen angepasst werden.
- Die Zugangswege zur Beratung sind in NRW sehr unterschiedlich. In manchen Kommunen wird nur die Beratung von SGB-II-Leistungsempfängern gefördert. Dies widerspricht dem Präventionsgedanken. Die Versorgung aller überschuldeten Personen ist notwendig. Es darf für die Betroffenen nicht vom Wohnort abhängen, ob sie beraten werden können oder nicht.
- Die finanzielle Allgemeinbildung ist bei vielen Jugendlichen, aber auch bei manchen Erwachsenen nur ungenügend ausgeprägt. Eine kontinuierliche und systematische Vermittlung und Information zum Umgang mit Geld helfen, Überschuldung zu vermeiden. Zusätzliche Präventionsmaßnahmen zur Vermittlung von Finanzkompetenz sind notwendig.

Miteinander leben – Solidarität fördern

Die Zahl der neu Zugewanderten ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Es gibt kein „quantitatives Zuwanderungsproblem“; wohl aber gibt es „qualitative Integrationsprobleme“. Ob Integration gelingt, entscheidet sich auf kommunaler Ebene. Heute haben 19 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund verstehen sich als Angehörige der multiethnischen deutschen Gesellschaft und wollen sich aktiv einfügen – ohne ihre kulturellen Wurzeln zu vergessen. Viele beklagen ein fehlendes Interesse an den Eingewanderten. Etwa ein Viertel fühlt sich isoliert und ausgegrenzt – insbesondere Angehörige der belasteten Milieus mit geringem Einkommen. Dort findet man auch am ehesten Integrationsdefizite (mangelnde Teilhabe, Segregation).

Ein neuer Blick ist notwendig, um Menschen mit Migrationshintergrund nicht nach ethnischer Zugehörigkeit, sondern nach der Zugehörigkeit zu einem Milieu wahrzunehmen. Kommunale Initiativen für eine stärkere Integration müssen insbesondere in Bezug auf Menschen aus den Milieus der Unterschicht neu überdacht und angepasst werden. Viele Kommunen – verstärkt seit 2005 – haben sich einer Neuausrichtung der Integrationspolitik auf lokaler Ebene gewidmet und einen Perspektivwandel vollzogen. Nachholbedarfe bestehen jedoch weiterhin.

Die Caritas fordert:

- Integration ist eine Querschnittsaufgabe im Verwaltungsbereich. Akteure auf der kommunalen Ebene und auf der Ebene von Sozialräumen sind besonders gefragt. Integration und interkulturelle Öffnung müssen zum strategischen Thema der Verwaltungsspitze gemacht werden.
- Die Kommunen sollen flächendeckende Integrationskonzepte unter Beteiligung von Freier Wohlfahrt erstellen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erhalten so verstärkt Möglichkeiten, ihre Ideen und Belange einzubringen.
- Durchführung von Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Kommunalverwaltungen.
- Es muss ein interkulturelles Personalmanagement umgesetzt werden, sowohl bei der Personalentwicklung (z. B. Fortbildungen) als auch bei der Personalauswahl.

Umgang mit Migranten in den Jobcentern

Die Arbeitsmarktstatistiken zeigen seit Jahren deutlich höhere Arbeitslosenquoten unter Migranten als unter Einheimischen. Migranten sind häufig in Berufen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus tätig, weil manche Studien- und Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden. Junge Migranten finden häufiger als Einheimische keine Lehrstelle. Ihren Eltern ist das duale Ausbildungssystem nicht selten unbekannt. Migranten kennen oft nicht ihre Ansprüche auf Zugangshilfen zu Qualifizierung und Beschäftigung.

Die Jobcenter führen Statistiken, in denen Integrationsdefizite von Migranten als Vermittlungshemmnisse entweder nicht oder an nachgeordneter Stelle abgefragt werden. Jobcenter haben zu selten Kontakt zu Ausländerbehörden, um Aufenthaltsaspekte und Arbeitsmarktaspekte in Einklang zu bringen.

Studien zu Migranten-Milieus belegen, dass Migranten insgesamt ausgeprägten Bildungsoptimismus und hohe Leistungsbereitschaft mitbringen. Dennoch gelingt es überdurchschnittlich häufig nicht, auf bereits erreichte Abschlüsse höhere Bildungsabschlüsse zu setzen oder abschlussadäquate Berufsverläufe zu erreichen. Unterschichtsnahen Migranten-Milieus werden nicht angesprochen, angeregt und gefördert, ihr (Aus-)Bildungsbewusstsein zu verstärken und Unterstützungsmöglichkeiten wahrzunehmen; sie werden zu häufig als „hoffnungslose Fälle“ aufgegeben.

Die interkulturelle Öffnung der öffentlichen (Arbeits-)Verwaltung ist in zahlreichen Kommunen mittlerweile kein Fremdwort mehr. Dennoch sind gerade die Jobcenter fast überall noch nicht als „Migranten-fit“ zu bezeichnen. Hier werden Potenziale und Chancen vertan, die in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels und mit Blick auf die demografische Entwicklung (bei der Aussicht auf eine Wiederbelebung des Arbeitsmarkts nach Abklingen der Wirtschaftskrise) dringend ergriffen werden müssen. Letztlich muss es auch das Ziel sein, Migranten aus dem Sozialleistungsbezug zu emanzipieren und die öffentlichen Kassen zu entlasten.

Die Caritas fordert:

- Die Jobcenter (ARGEn) müssen „Migranten-fit“ werden. Das beinhaltet strukturelle Verbesserungen und systematische Qualifizierung der Mitarbeitenden.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Freiwilligen-Agenturen unterstützen auf verschiedene Weise ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement. Damit stiften sie Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch nach wie vor gibt es keine ausreichende und dauerhaft sichere Finanzierung der Freiwilligen-Agenturen. Das führt zu permanenten Personalproblemen und unangemessen hohem Akquiseaufwand für die Finanzierung der eigenen Stelle.

Kommunen tun sich nach wie vor schwer, eine solide Grundausstattung von Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten. Manche Politiker fühlen sich „ihrem“ Verein oder „ihrer“ Ehrenamtsorganisation verpflichtet und geraten in Interessenkonflikte.

Die Caritas fordert:

- Kommunen sind gefordert, zukünftig für eine ausreichende und arbeitsfähige Infrastruktureinrichtung zu sorgen, die die Möglichkeiten von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement entdeckt und fördert, den Auf- und Ausbau unterstützt, Organisationen berät und für eine angemessene und wertschätzende Anerkennungskultur in der Öffentlichkeit eintritt.
- Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist auch eine kommunale Aufgabe. Von daher ist es notwendig, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise dafür ausdrücklich Mittel in ihre Haushalte einstellen.